

Schweden: Rechtspopulistisch, aber EU-freundlich

Der Wahlerfolg der »Schwedendemokraten« überschattet die gewachsene Zustimmung der Schweden zur EU

Peer Krumrey / Carsten Schymik

Der Ausgang der schwedischen Parlamentswahlen im September 2010 ist vielfach als weiterer Beleg für das Erstarken rechtspopulistischer Parteien in Europa gewertet worden. Das Beispiel Schweden zeigt jedoch auch, dass zunehmender Rechtspopulismus nicht zwangsläufig mit wachsender Europaskepsis einhergehen muss. Obwohl die »Schwedendemokraten« neben einwanderungsfeindlichen auch Anti-EU-Positionen vertreten, haben letztere kaum zu ihrem politischen Aufstieg beigetragen. Vielmehr ist das als traditionell EU-skeptisch geltende Schweden inzwischen auch »mental« in der Europäischen Union angekommen.

Seit dem 5. Oktober hat Schweden eine neue Regierung – unter altbekannter Führung. Als erstem bürgerlichen Regierungschef seit fast 90 Jahren gelang Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt die Wiederwahl für eine zweite Amtszeit. Allerdings ist die von ihm angeführte »Allianz für Schweden« – bestehend aus Konservativen (*Moderata samlingspartiet*), Liberalen (*Folkpartiet liberalerna*), Zentrumspartei (*Centerpartiet*) und Christdemokraten (*Kristdemokraterna*) – fortan gezwungen, als Minderheitsregierung zu agieren. Grund dafür sind die rechtspopulistischen Schwedendemokraten (*Sverigedemokraterna*), die bei den Wahlen am 19. September mit 5,7 Prozent der Stimmen erstmals den Sprung über die 4-Prozent-Hürde schafften. Ihre 20 Mandate verhindern eindeutige Mehrheitsverhältnisse im Reichstag.

Europäischer Trend zum Rechtspopulismus

Der Wahlerfolg der Schwedendemokraten (SD) gilt als jüngster Beweis für eine gesamt-europäische Entwicklung. Nach Belgien und den Niederlanden ist einer rechtspopulistischen Partei der parlamentarische Durchbruch in einem weiteren Land gelungen, dessen Einwanderungs- und Integrationspolitik lange als liberal galt. In Skandinavien war Schweden bislang das letzte Land ohne bedeutende rechtspopulistische Partei. In Norwegen ist die Fortschrittspartei seit fast dreißig Jahren parlamentarisch etabliert; bei den Wahlen 2009 avancierte sie zur zweitstärksten Kraft. Die Dänische Volkspartei toleriert seit nahezu zehn Jahren bürgerliche Minderheitsregierungen und hat auf diese

Weise eine immer restriktivere Einwanderungspolitik durchgesetzt.

Der erstarkende Rechtspopulismus in Europa wird nicht nur deshalb als besorgniserregend wahrgenommen, weil er Xenophobie und Rassismus Vorschub leistet und insbesondere den Islam als neues Feindbild zu etablieren versucht. Charakteristisch für rechtspopulistische Parteien ist neben ihrer Fremdenfeindlichkeit auch eine negative Haltung zur europäischen Integration. Die meisten rechtspopulistischen Parteien sind zugleich Anti-EU-Parteien, und ihr fortgesetzter politischer Aufstieg könnte den inneren Zusammenhalt der ohnehin krisengeschüttelten Europäischen Union weiter schwächen.

Die Gleichung zwischen Fremdenfeindlichkeit und Europaskepsis geht jedoch im schwedischen Fall nicht auf. Sicherlich belegt der rechtspopulistische Wahlerfolg fremdenfeindliche Einstellungen in Teilen der schwedischen Bevölkerung. Aber er ist nicht Ausdruck einer zunehmenden Europaskepsis. Im Gegenteil ist die gesellschaftliche und politische Akzeptanz der EU in Schweden nachhaltig gewachsen.

Steigende Zustimmung zur EU

Schweden eilt noch immer der Ruf voraus, ein eher distanzierteres Verhältnis zur europäischen Integration zu haben. Dieses Bild geht hauptsächlich auf zwei richtungsweisende Volksabstimmungen zurück: 1994 votierten die Schweden mit gerade einmal 52 Prozent Zustimmung für den EU-Beitritt, 2003 erteilten sie mit 56-prozentiger Mehrheit der Euro-Einführung eine deutliche Absage. Zugleich zeichnete sich das Land in Meinungsumfragen jahrelang durch eine der europaweit höchsten Ablehnungsraten gegenüber der EU aus. Noch bei den Wahlen zum Europaparlament 2004 konnte die »Juniliste« mit knapp 15 Prozent der Stimmen drei der 19 schwedischen Mandate erringen – eine Partei, deren einzige Anliegen die vertraglich fixierte Nichtteilnahme Schwedens an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der

Widerstand gegen den EU-Verfassungsvertrag waren.

Allerdings hat sich das Meinungsbild in Schweden während der letzten Jahre gewandelt. Die EU-Mitgliedschaft ist inzwischen kaum noch umstritten. Sie wurde Mitte 2009, unmittelbar vor Beginn der zweiten EU-Ratspräsidentschaft des Landes, erstmals von einer absoluten Bevölkerungsmehrheit befürwortet. Deutlich zurückgegangen ist dagegen der Anteil jener Skeptiker, die jegliche Form überstaatlicher Kompetenzen der Union ablehnen. Der Einfluss der EU auf die schwedische Wirtschafts-, Umwelt- oder Beschäftigungspolitik wurde von den Befragten im Verlauf der letzten 12 Jahre immer positiver bewertet – ein Trend, der in allen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Strömungen gleichermaßen zu beobachten ist. Gleichzeitig werden Schwedens Chancen, sich innerhalb der EU Gehör zu verschaffen, ebenfalls zunehmend optimistisch beurteilt.

Diese gewachsene Zustimmung spiegelte sich auch bei den Europawahlen 2009 wider. Während die Juniliste ihre Mandate verlor und die EU-kritische Linkspartei (*Vänsterpartiet*) mehr als die Hälfte ihrer Stimmanteile einbüßte, verzeichneten betont EU-freundliche Parteien wie die Liberalen klare Zugewinne. Außerdem zählte Schweden zur Minderheit jener EU-Staaten, in denen die Wahlbeteiligung nicht abnahm. Sie stieg hier vielmehr um 8 Punkte und lag mit knapp 46 Prozent deutlich über dem EU-Durchschnitt. Von einer wachsenden Europaskepsis der Schweden lässt sich angesichts solcher Zahlen kaum sprechen. Im Gegenteil, 15 Jahre nach seinem Beitritt scheint das Land nunmehr auch »mental« in der EU angekommen zu sein.

Gesunkenes europapolitisches Konfliktpotential

Die gestiegene Akzeptanz der EU in der schwedischen Gesellschaft hat sich auch politisch niedergeschlagen. Begünstigt wurde die Entwicklung dadurch, dass sich die Logik parlamentarischer Mehrheitsbildung zugunsten ideologischer Lager und parteipolitischer Blöcke verändert hat.

Traditionell regierten in Schweden Minderheitsregierungen, die sich mit einer gewissen strategischen Offenheit wechselnde Kooperationspartner suchten, um so die für ihre Vorhaben jeweils benötigten Mehrheiten zu organisieren. Umfassende programmatische Übereinstimmung war dabei nicht erforderlich, weil man sich im Konfliktfall jederzeit einem anderen Partner zuwenden konnte. Von diesem System profitierten in der Vergangenheit vor allem die Sozialdemokraten (SAP), für die je nach Sachfrage Kooperationen sowohl im linken als auch im bürgerlichen Lager denkbar waren.

Die erfolgreiche Koalitionsbildung auf der bürgerlichen Seite, die 2006 zur Ablösung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung unter Göran Persson führte, beraubte die SAP der Option blockübergreifender Zusammenarbeit. Im Gegenzug formalisierte sie ihre Kooperation mit den Grünen (*Miljöpartiet*) und der Linkspartei – mit dem Ziel, eine Koalitionsregierung mit eigener Mehrheit zu bilden. Daher standen sich bei der zurückliegenden Wahl erstmals zwei geschlossene Parteienlager gegenüber.

Im Zuge dieser Lagerbildung nahm die parteipolitische Polarisierung bei EU-Fragen deutlich ab. Bislang hatten sich vor allem Grüne und Linkspartei mit europaskeptischen Positionen profiliert. Da sie nun aber mit den Sozialdemokraten im gemeinsamen Linksblock antraten, entstand ein folgenschwerer Anpassungs- und Harmonisierungsdruck.

Die Entwicklung setzte bereits ein, als die Grünen im Herbst 2008 die Forderung nach einem EU-Austritt aus ihrem Parteiprogramm strichen, um eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten zu er-

möglichen. Auch wenn die Linkspartei erst 2011 über einen ähnlichen Schritt entscheiden will, unterließ sie es doch, die Austrittsforderung im Wahlkampf deutlich vernehmbar zu artikulieren. Stattdessen akzeptierten beide Parteien in einem gemeinsamen rot-grünen Europaprogramm erstmals grundlegende Aspekte der europäischen Zusammenarbeit. Die Grünen bekannten sich zum Prinzip der Überstaatlichkeit – wenn auch nur in den Bereichen Umweltpolitik und grenzüberschreitende Kriminalitätsbekämpfung –, die Linkspartei wiederum zum Grundsatz der innergemeinschaftlichen Solidarität auch in militärischen Aspekten. Beide Parteien billigten damit im Grunde den von ihnen ursprünglich bekämpften Vertrag von Lissabon.

Einzig der Euro bleibt ein Sonderfall. Die rot-grüne Wahlplattform schloss eine neuerliche Volksabstimmung in der kommenden Legislaturperiode kategorisch aus. Die Regierungsparteien haben diese Option zwar offengehalten, aber an die Bedingung geknüpft, dass zuvor ein breiter gesellschaftlicher und parlamentarischer Konsens zugunsten der Euro-Einführung hergestellt wird. Diese Vorgabe kommt praktisch einer Absage gleich. Denn die Euro-Skepsis hat zuletzt eher noch zugenommen, weil Schweden unter anderem durch die Abwertung der Krone vergleichsweise gut durch die globale Finanzkrise gekommen ist. Zur Beständigkeit des schwedischen Euro-Widerstandes dürfte überdies beitragen, dass die Gemeinschaftswährung weiterhin in prekärer Lage ist und mit Dänemark und Großbritannien zwei wichtige Partner des Landes ebenfalls außerhalb der Euro-Zone stehen.

Implikationen des Erfolgs der Schwedendemokraten

Anders als in Dänemark ging dem Wahlerfolg der Rechtspopulisten in Schweden keine intensive öffentliche Debatte über die Einwanderungspolitik voraus. Ausschlaggebend war vielmehr das kurzfristige Scheitern einer von den übrigen Parteien

und den Medien jahrelang erfolgreich praktizierten Marginalisierungsstrategie den Populisten gegenüber. Nachdem die SD parlamentarisch Fuß gefasst haben, stellt sich die Frage, ob eine Rückkehr zu dieser Strategie noch möglich ist.

Grundsätzlich sind zwei Szenarien des künftigen Umgangs mit den Schwedendemokraten denkbar. Im ersten Szenario würden die etablierten Parteien die SD weiterhin isolieren – in der Hoffnung, dass sich die Partei durch interne Interessengegensätze und Querelen selbst erledigt. So war es Anfang der neunziger Jahre einer anderen rechtspopulistischen Partei – »Neue Demokratie« (*Ny demokrati*) – ergangen, die nach nur einer Legislaturperiode wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwand. Für dieses Szenario spricht, dass die Schwedendemokraten noch lange nicht jene Salonfähigkeit besitzen, wie sie etwa die Dänische Volkspartei genießt. Zum einen fehlt ihnen ein ähnlich charismatisches und ausreichend profiliertes Personal. Zum anderen ist in Schweden längst nicht vergessen, dass die Wurzeln der Partei im neonazistischen Milieu liegen und nicht – wie bei Skandinaviens übrigen Rechtspopulisten – in einer bürgerlichen Protestbewegung. Dies verhindert bislang eine breite gesellschaftliche Akzeptanz der Partei.

Das zweite Szenario würde eher dem dänischen Beispiel entsprechen. Die fortgesetzte Marginalisierung der Schwedendemokraten wird demnach von den anderen Parteien nicht durchgehalten oder erweist sich als ineffektiv. Ohne in die Verantwortung genommen zu werden, können die SD die parlamentarische Bühne zum Agenda-Setting und damit zur eigenen Profilierung nutzen. Die etablierten Parteien versuchen vergeblich, Positionen der SD ganz oder teilweise zu übernehmen, um das rechtspopulistische Wählerreservoir zurückzugewinnen. Stattdessen legen die SD bei Wahlen immer weiter zu, bis der Punkt erreicht ist, dass sie direkten Einfluss auf die Regierungspolitik gewinnen. Im Fall

der Dänischen Volkspartei dauerte dieser Prozess sechs Jahre.

Paradoxerweise ist es gerade die neue Logik des Blockdenkens, die eine wirksame Ausgrenzung der Schwedendemokraten erschwert. Im Kontext einer Minderheitsregierung alten Stils wären sie eine leicht zu vernachlässigende Größe gewesen, weil man parlamentarische Mehrheiten durch wechselnde Parteikonstellationen hätte bilden können. In die Position eines potentiellen Königsmachers gelangten die SD erst, nachdem feste parteipolitische Lager entstanden waren. Weil sich die Blockbildung gleichzeitig als Motor einer zunehmenden EU-Freundlichkeit unter den etablierten Parteien erwiesen hat, sind die SD heute die einzige offen EU-feindliche Partei im Reichstag. Sie werden daher versucht sein, sich nicht nur im Bereich Einwanderungspolitik, sondern auch durch einen Anti-EU-Kurs zu profilieren. Ob sie damit ihr Wählerpotential noch vergrößern können, ist allerdings fraglich.

Innenpolitisch sieht die Minderheitsregierung von Ministerpräsident Reinfeldt schwierigen Zeiten entgegen. Auf dem Feld der Europapolitik ist jedoch kein Kurswechsel zu erwarten, sondern eine Fortsetzung der 2006 begonnenen Politik, Schweden zu einer aktiven und treibenden Kraft innerhalb der EU zu machen. Für Deutschland wird Schweden daher auch künftig ein verlässlicher Partner in der Europäischen Union sein.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2010
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364